

INTEGRATIONSBUREAU EDA/EVD

777.231.1 - mci/sho/hsk

Bern, den 25. Mai 1992

Treffen des EFTA-Rates auf Ministerienebene

Reykjavik, den 20. und 21. Mai 1992

Uebersicht

Am 20./21. Mai 1992 fand in Reykjavik unter dem Vorsitz des isländischen Aussenministers J.B. HANNIBALSSON die ordentliche Tagung des EFTA-Rats auf Ministerienebene statt. Bundesrat J.-P. DELAMURAZ führte die schweizerische Delegation an (**Beilage 1**). Anschliessend erfolgte das traditionelle Treffen der EFTA-Minister mit dem EGK-Vizepräsidenten F. ANDRIESSEN.

Nach der intensiven Behandlung wichtiger integrationspolitischer Fragen an den EFTA-Ministertreffen der letzten Jahre war dieses Treffen eher durch Routine und Konzentration auf Intendanz-Fragen gekennzeichnet. Dank der guten Zusammenarbeit insbesondere mit Österreich und der ausgezeichneten Vorbereitung der Ausgangsposition für die Verhandlungen durch die schweizerische Delegation bei der EFTA konnten die **schweizerischen Anliegen weitgehend durchgesetzt** werden. Insbesondere konnten die nordischen Staaten ihr Ansinnen, weitergehende oder neue EFTA-Aufgaben zu definieren - und damit verbunden, eine EFTA-interne Solidarität bei der Verteilung der finanziellen Lasten zu statuieren - nicht verwirklichen. Im Rahmen eines Gesamtpaketes zu diesen Fragen wurde Genf als Sitz des EFTA-Gerichtshofes bestimmt.

Es wurde ein Abkommen über den **EFTA-Parlamentarierausschuss** unterzeichnet. Dieses überträgt dem Ausschuss eine Konsultativrolle im Rahmen des EWR.

Über den Stand der Beziehungen mit **Drittländern** (Abkommen mit Ungarn, Polen, Israel etc.) fand eine Standortbestimmung statt. Mit Slowenien wurde eine Kooperationserklärung unterzeichnet.

Die Tagesordnung der Ministerkonferenz befindet sich in **Beilage 2** und die Pressemitteilung zur EFTA-Ministerkonferenz in **Beilage 3**.



1. EFTA-interne Fragen

Die Minister fanden eine **Kompromisslösung** zu den folgenden Fragen (**Beilage 5**):

1.1. Kostenaufteilungsschlüssel

Festzulegen war der EFTA-interne Verteilungsschlüssel für die Beteiligung der EFTA-Länder an den Kooperationsprogrammen mit der EG (ca. 400 Mio Sfr.), für das erhöhte Budget für das EFTA-Sekretariat (ca. 60 Mio Sfr.), für die Budgets der EFTA-Aufsichtsbehörde (ESA) sowie des EFTA-Gerichtshofes (ca. 40 Mio Sfr). Nach langwieriger Diskussion einigte man sich politisch auf das **arithmetische Mittel** zwischen den Positionen der Schweiz und derjenigen Schwedens und Finnlands. Diese Lösung gilt für das Budget 1993 und bedeutet, dass die von den nordischen Staaten befürwortete EFTA-interne Umverteilung der Lasten abgewendet werden konnte.

1.2. Sprachenregime

Die nordischen Staaten drängten auf die Durchsetzung des Prinzips der Gleichwertigkeit der Sprachen im Rahmen der Weiterentwicklung des EWR. Daraus leiteten sie eine EFTA-interne Übersetzungsaufgabe ab, was die Errichtung eines grossen Übersetzungsdienstes innerhalb des EFTA-Sekretariates bedeutet hätte. Diesem Ansinnen widersetzten sich Österreich und die Schweiz erfolgreich: Wie bisher bestehe bloss eine **gemeinsame Verpflichtung** aller Vertragsparteien zur gemeinsamen Überprüfung der **Uebereinstimmung der Vertragstexte** in allen 13 Sprachen. Auf dieser Basis soll nun über die Modalitäten für das künftige Sprachregime mit der EG-Kommission verhandelt werden. Akzeptiert wurde hingegen die **gemeinsame Verantwortung** der EFTA-Staaten für Übersetzungsaufgaben im Rahmen der ESA und des **EFTA-Gerichtshofs**, weil die Rechtssubjekte aus den EFTA-Staaten aufgrund des EWR-Vertrages einen Anspruch auf Verkehr mit diesen Behörden in ihrer Landessprache haben.

Hinter dem nordischen Ansinnen standen Kostenüberlegungen einerseits, andererseits die Sorge um die Gleichstellung der nordischen Sprachen im Falle eines EG-Beitrittes.

1.3 Sitz des EFTA-Gerichtshofes

Der Sitz des EFTA-Gerichtshofes wird **Genf** sein. Bundesrat DELAMURAZ erklärte sich bereit, dem EFTA-Gerichtshof bei der Ansiedlung in Genf im bisherigen Rahmen der schweizerischen Gastlandpolitik behilflich zu sein.

1.4. Büroräumlichkeiten in Brüssel

Das EFTA-Sekretariat gibt die bisherigen Büroräumlichkeiten in Brüssel auf und mietet ein **grösseres Objekt**, gleichfalls in **Brüssel** (3,3 Mio. SFr. jährliche Miete + Nebenkosten).

1.5. Ansiedlung der ESA-Dienste

Die bisher vorgesehene **Aufteilung der ESA-Dienste** zwischen Genf und Brüssel wurde **bestätigt**. In Genf soll die Ueberwachung der Staaten (generelle Ueberwachung, Staatsbehil-

fen, öffentliches Einkaufswesen), in Brüssel die Ueberwachung der Unternehmen (Wettbewerb) angesiedelt werden.

1.6. Weitere EFTA-interne Fragen

Die Minister nahmen in diesem Zusammenhang vom Bericht der High Level Planning Group sowie den Berichten der Vorbereitungsgremien für die EFTA-Aufsichtsbehörde (ESA) und für den EFTA-Gerichtshof Kenntnis.

Die Minister erteilten weiter dem Rat auf Beamtenebene den Auftrag, die Finanzbegehren des EFTA-Konsultativausschusses zu prüfen sowie im Rahmen des EWR einen **beratenden Konsumentenausschuss** einzurichten (Consumer Consultative Committee, CCC), der als Gegenstück zum CCC der EG dienen soll.

1.7. Beurteilung

- Für die Schweiz ist das **Verhandlungsergebnis** (Punkte 1.1. bis 1.5.) insgesamt **positiv** zu bewerten. Das Ansinnen der nordischen EFTA-Staaten, immer neue EFTA-Aufgaben zu definieren - und damit verbunden, eine EFTA-interne Solidarität bei der Verteilung der finanziellen Lasten zu statuieren - konnte zurückgewiesen werden.
- Diese Ministerentscheide erlauben die **Weiterführung der Planung** zur Ansiedlung der EWR-Strukturen der EFTA-Staaten; es kann damit gerechnet werden, dass die Strukturen rechtzeitig in Genf bzw. in Brüssel funktionsfähig sein werden.

2. Zusammenarbeit zwischen den EFTA-Ländern und der EG

Passiver Veredelungsverkehr (insbesondere im Bereich der Textilien): Sowohl die EFTA-Länder als auch die EG haben mit den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOL) Assoziations- bzw. Freihandelsabkommen abgeschlossen oder sind dabei, dies zu tun. Produktionsschritte, die in den MOL stattfinden, werden für die Ursprungsbildung im EG-EFTA-Handel jedoch noch nicht anerkannt. Die EFTA-Minister sprachen sich für die rasche Aufnahme von exploratorischen Gesprächen mit der EG aus, damit eine **'diagonale' Ursprungskumulation** möglich wird. Der EWR-Chefunterhändler auf EG-Seite, H. Krenzler, hatte den EFTA-Ländern in einem Brief die Aufnahme solcher Gespräche zugesagt. Die EFTA-Minister intervenierten am 21. Mai in diesem Sinne gegenüber EG-Kommissär F. Andriessen mit einem Aide-mémoire (**Beilage 5**). Letzterer gab sich unverbindlich.

Zur Aussprache über die **Inkraftsetzung des EWR-Abkommens** ist die Vorsicht von ANDRIESSEN zu bemerken, der eine **Verschiebung** auf einen Zeitpunkt nach dem 1.1.93 **nicht ausschliessen** wollte. Auch zur Frage der Einflussnahme der EFTA-Länder auf den EG-Rechtsetzungsprozess in der Interimsperiode bis zur Ratifizierung gab sich der EGK-Vizepräsident vorsichtig.

Die EFTA-Minister unterstrichen gegenüber F. Andriessen die Bedeutung, die sie dem baldigen Abschluss der **Uruguay-Runde** beimessen. Die EG und die USA als Hauptakteure in dieser Verhandlung tragen eine besondere Verantwortung.

3. Beziehungen der EFTA-Länder zu Drittländern

3.1. Insbesondere Schweden beklagte die **Langsamkeit der Verhandlungen** über Freihandelsabkommen mit Ungarn und Polen. Die Abkommen der EG mit diesen Ländern seien demgegenüber bereits in Kraft oder würden provisorisch angewandt. Oesterreich ortete die Probleme für diesen Verzug einerseits auf EFTA-Seite, andererseits aber auch bei Ungarn, welches die Verhandlungen verzögere.

3.2. Am 20. Mai unterzeichnen die EFTA-Minister eine Zusammenarbeitserklärung mit **Slowenien (Beilage 6)**.

4. Weitere Themen

4.1. Die Minister beglückwünschten sich zum Abschluss der EWR-Verhandlungen. Diese wurden als die **umfassendsten je geführten Verhandlungen** gewürdigt, dies sowohl auf Seite der EFTA-Länder als auch der EG. Der EWR wurde als Meilenstein, als wesentliches Element der europäischen Architektur beurteilt. Gemäss dem schwedischen Minister zeigt der EWR heute bereits positive Vorwirkungen auf sein Land. Der liechtensteinische Regierungschef BRUNHART erklärte, dass der EWR die Integrationsstufe darstellt, die den gegenwärtigen Bedürfnissen seines Landes entspreche. Wichtig ist für verschiedene Minister, dass jetzt **Vorbereitungsarbeiten** aufgenommen werden, damit das EWR-Abkommen ohne grössere Uebergangsprobleme in Kraft treten kann. Schliesslich wurde die Hoffnung geäussert, dass das **Zusatzprotokoll** zum EWR-Abkommen bis Ende Juni unterzeichnet werden könne.

4.2. Für alle Minister ist eine schnelle **Ratifikation** des EWR-Abkommens von grosser Bedeutung. Bundesrat DELAMURAZ bekundete den Willen des Bundesrates, das Abkommen noch diesen Dezember Volk und Ständen vorzulegen. Allerdings gelte es, gewisse Unwägbarkeiten der parlamentarischen Genehmigungsprozedur zu berücksichtigen. Der norwegische Minister GODAL wies darauf hin, dass das norwegische Parlament das Abkommen mit Dreiviertelmehrheit genehmigen muss. Dies sollte jedoch kein Problem darstellen. Einzelne Minister wiesen im weiteren darauf hin, dass auf EG-Seite das **Europäische Parlament (EP)** den 'Flaschenhals' in der Genehmigungsprozedur darstelle. Mittels aller bestehenden Kanäle solle auf das EP eingewirkt werden.

5. Treffen der Minister mit den Konsultativorganen der EFTA

5.1. EFTA-Konsultativausschuss

Neben einem Meinungsaustausch über aktuelle Themen der Handelspolitik und über das weitere Vorgehen im Rahmen des EWR pflegten die EFTA-Minister und der Konsultativausschuss der Sozialpartner (CSC) einen Meinungsaustausch über die Rolle des letzteren der CSC im EWR. Gleichzeitig unterbreitete der CSC gewisse Vorstellungen über die eigenen **Ressourcen- und Budgetbedürfnisse**. Der interimäre Ständige Ausschuss (ISC) wurde mit der Beurteilung des Gesuches beauftragt.

5.2. Schaffung eines Konsultativausschusses für Konsumentenfragen

Dieses unabhängige Organ soll den Ständigen Ausschuss auf EFTA-Seiten in Konsumentenfragen beraten. Der ISC wird die Einzelheiten regeln.

5.3. EFTA-Parlamentarierausschuss

Die EFTA-Minister unterzeichneten ein **Abkommen** über den EFTA-Parlamentarierausschuss (**Beilage 7**). Dieses überträgt dem bereits bestehenden Ausschuss eine Konsultativrolle im Rahmen des EWR.

6. Nächste Tagung

Das nächste Treffen der EFTA-Minister wird unter norwegischem Vorsitz am 1. und 2. Dezember 1992 in Genf stattfinden.

Ch. Schoenenberger

Nachtrag zu Punkt 2: Treffen der Minister aus den EFTA-Staaten mit dem EGK-Vizepräsidenten F. ANDRIESSEN

Es ist hervorzuheben, dass laut ANDRIESSEN die **Ratifikation** des EWR-Abkommens seitens der EG und der EG-Staaten rechtzeitig vor dem **1. Januar 1993 oder "at least as soon as possible after that"** erfolgen werde. ANDRIESSEN nahm ausserdem Bezug auf die zunächst vom isländischen Vorsitzenden aufgenommene Frage der **Kumulation** und zum von diesem übergebenen Aide-Mémoire (vgl. **Beilage 5**) und erklärte, dass diese Frage während der EWR-Verhandlungen mehrmals diskutiert worden sei und aufgrund des Briefwechsels der Chefunterhändler **demnächst in exploratorischen Gesprächen** weiterbehandelt werden könne. Sämtliche Vertreter der EFTA-Staaten wiesen ebenfalls auf die Kumulationsfrage hin und unterstrichen deren Bedeutung für ihre Wirtschaft. Botschafter Rossier entschuldigte die aus familiären Gründen erfolgte Abwesenheit von Bundesrat DELAMURAZ, würdigte das EWR-Abkommen aus schweizerischer Sicht und stellte das schweizerische Ratifikationsprozedere dar, wie dies Bundesrat DELAMURAZ bereits in der internen Sitzung getan hatte. EG-Vizepräsident ANDRIESSEN nahm **ausdrücklich** als neues Element zur Kenntnis, dass die Volksabstimmung aus **schweizerischer Regierungssicht** vor Ende dieses Jahres erfolgen soll. Zum Entscheid des Bundesrates vom 18. Mai 1992 betreffend den EG-Beitritt der Schweiz äusserte sich ANDRIESSEN indes nicht ...

Beilage I

Réunion ministérielle de l'AELE
Reykjavik (Islande), 20-21 mai 1992

Délégation suisse

Monsieur le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz,
Chef du Département fédéral de l'économie publique

Monsieur le Secrétaire d'Etat Franz Blankart,
Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, DFEP

Monsieur l'Ambassadeur Silvio Arioli,
Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, OFAEE, DFEP

Monsieur l'Ambassadeur Bruno Spinner,
Chef du Bureau de l'intégration DFAE/DFEP

Monsieur l'Ambassadeur William Rossier,
Chef de la délégation suisse près l'AELE et le GATT, Genève

Monsieur l'Ambassadeur Hansjakob Kaufmann,
Ambassade de Suisse à Oslo et Reykjavik, avec siège à Oslo

Monsieur le Ministre Marc-André Salamin,
Mission Suisse près les CE, Bruxelles

Monsieur le Ministre, Josef Doswald,
Chef adjoint de la Délégation suisse près l'AELE

Monsieur Aldo Matteucci,
Chef de la section de libre échange du Bureau de l'intégration DFAE/DFEP

Monsieur Gérard Stoudmann
Collaborateur de Monsieur le Conseiller fédéral Delamuraz

Monsieur Christian Schoenenberger
Collaborateur diplomatique de la section de libre échange du Bureau de
l'intégration DFAE/DFEP